

Frauen bedingen Inzest

Bei einer Parlamentsdebatte über eine Gesetzesvorlage zur Modifizierung des Strafgesetzbuches 2001, kam es zu einem Rückschlag in der Gender-Frage. Frau Seripah Noli Syed Hussin (Barisan Nasional), Mitglied des Parlamentes für Sepang, behauptete, dass das Auftreten von Inzest ihre Ursache darin hat, dass einige Frauen heutzutage zu beschäftigt seien, um ihre Gatten zu amüsieren. Diese Gelegenheit packend fragte sogleich ein männliches Mitglied des Parlamentes, ob Frauen ihren Männern erlauben sollten ein zweites Mal zu heiraten. Seripah stimmte zu. Ein in der gleichen Debatte von Senatorin

Jamilah Ibrahim getätigter Vorschlag betrifft wieder die Frauen und schränkt diesmal sogar ihre Handlungsräume ein. Sie meint, dass allen Ehefrauen, außer den in Krankenhäusern arbeitenden, nicht erlaubt werden sollte nachts zu arbeiten, um Inzestfällen vorzubeugen. Nach ihrer Ansicht können nachts arbeitende Frauen ihren ehelichen Pflichten nicht mehr nachkommen, weshalb ihre Ehemänner sich in der Folge andere Ventile für ihren Sexualtrieb suchen.

Maria Chin Abdullah, die Exekutiv-Direktorin des Women's Development Collective (WDC) äußerte sich enttäuscht, dass sogar weibliche Parla-

mentsmitglieder dem Missverständnis aufgelegt sind, dass der männliche Sexualtrieb immer befriedigt werden muss und es die Schuld der Frauen sei, wenn diese — entsprechend ihrer Rolle — die Bedürfnisse ihrer Männer nicht erfüllen. Sie fügte hinzu, dass Politikerinnen ihre Geschlechtereinschätzung oder das Beziehungsgefüge zwischen Frauen und Männern noch einmal überdenken sollten. Auch meinte sie, dass niemand über Zeit und Ort weiblicher Arbeit entscheiden dürfe, da Frauen für sich selbst entscheiden könnten. Auch Frauenbeauftragte Chong Eng (Wanita Chief) sagte, dass

nachrichten

niemand kriminelle Delikte dieser Art entschuldigen dürfe, auch nicht Politikerinnen.

»Frauen dürfen nicht für das kriminelle Verhalten ihrer Männer beschuldigt werden. Alle Erwachsenen, unabhängig vom Geschlecht, sind für ihr eigenes Benehmen und Handeln verantwortlich.«

vgl. *malaysiakini*, 22.8.2001

Kinderarbeit in Heimen

Das Registrar of Societies (ROS) hat am 17. August 2001 bekanntgegeben, dass der Eintrag der umstrittenen Mercy Welfare Society, welche Heime und Fürsorgezentren für Erwachsene und Kinder betreibt, aufgehoben wurde. Ein Sprecher sagte, dass die Organisation, die die Mercy Wohlfahrtsheime betreibt, den Regeln der ROS nicht nachgekommen sei.

»1999 wurde die Mercy Welfare Society in das ROS aufgenommen, hat aber dem ROS bis heute weder Protokolle von ihren jährlichen Generalversammlungen, Mitgliederlis-

ten noch Geschäftsunterlagen zukommen lassen«, so der Sprecher am 17. August im Hauptquartier der Menschenrechtskommission (Suhakam) in Kuala Lumpur.

Die Mercy Welfare Society, die von Indra Shan als Präsidentin und ihrem Sohn geführt wird, erhielt die Aufmerksamkeit der Medien als ehemalige Volontäre an die Öffentlichkeit traten und erklärten, dass Kinder dieser Heime mit Drähten geschlagen und älteren Bewohnern ärztliche Hilfe versagt würde. Sie warfen der Organisation weiterhin vor, die Kinder

zur Arbeit in einer Getränkefirma sowie in der malaysischen Textilherstellung — Annähen von Knöpfen — zu zwingen und Kinder, welche sich über ihre Bedingungen beschwerten, zu schlagen oder in einem dunklen Raum unter Einzelarrest zu stellen.

Am 13. Juli entfernte das Fürsorgeamt 23 Kinder aus den Heimen und lieferte sie zwecks medizinischer Kontrolle und Behandlung in ein Krankenhaus in Kuala Lumpur ein.

Der Direktor des staatlichen Fürsorgeamtes NM Pillai sagte, dass die Heime, ihrer sechs,

unter ständiger Beobachtung stehen und Indra Shan keine neuen Bewohner mehr aufnehmen darf. Noch befinden sich 18 männliche und drei weibliche Erwachsene in den Heimen. Nach Angaben Pillais werden sie den vorhandenen Zweifel zu Gunsten Indra Shans auslegen und die Heime beobachten. Erst im Falle nicht zufriedenstellender Ergebnisse im Rahmen der Beobachtung wird das Fürsorgeamt eingreifen.

vgl. *malaysiakini*, 17.8.2001

Harter Schlag für CD-Piraterie

Malaysia geht scharf gegen den wuchernden Handel mit Raubkopien vor. Die Anti-Piraterie Einheit der malaysischen Regierung hat ein sofortiges Verkaufsverbot von Videokassetten auf öffentlichen Plätzen aufgelegt, um dem explodierenden Handel mit illegaler Software und Pornographie Einhalt zu gebieten.

Muhyiddin Yassin, Minister für Handel und Verbraucherangelegenheiten des Inneren, berief sich auf Studien, welche zeigen, dass die Mehrheit der lizenzierten Händler neben ihren legitimen Waren Raubkopi-

en und Pornographie anbieten. Pornographische Videos werden als Ursache für sexuelle Übergriffe jeder Art gesehen. Mehr als 5000 Händler von Nachtmärkten, kleinen Läden und Straßenständen sind von diesem Verbot betroffen, von denen mehr als 70 % mit den betreffenden illegalen Waren handeln. Unter dem neuen Verbot dürfen CDs nur noch in gesetzlich anerkannten Einkaufszentren und Einkaufsstrassen angeboten und verkauft werden. Muhyiddin sagte, dass dieser Schachzug helfen würde, den die Software-Piraterie

und den Handel mit illegalen Videos betreffenden, Gesetzen Geltung zu verschaffen und diese durchzusetzen. Weiterhin meinte er, dass das Verbot auferlegt werden könne, da es eine Lizenzbedingung sei, weshalb keine Änderungen im Gesetz notwendig würden.

Kurz darauf wurde auch der Verkauf von Videokassetten mit oppositionellem, politischem Inhalt, wie Reden von Oppositionsführern, verboten.

Mitte August 2001 gab die Regierung bekannt, dass jetzt auch Videokassetten religiösen Inhalts unter strenger Kontrolle

stehen, um sicherzugehen, dass sie keine Chaos stiftenden oder gesellschaftsschädigenden Elemente enthalten.

Kritiker der Regierung sind der Ansicht, dass diese Aktionen das Ziel hätten, andere Meinungen zu unterdrücken und zu zerschlagen, was schon durch das im Juli 2001 aufgestellte öffentliche Kundgebungs- und Versammlungsverbot deutlich werden würde.

vgl. *CNET*, 7.8.2001; *malysiakini*, 15.8.2001

nachrichten

MCA jetzt Heiratsvermittler

Die zweitgrößte Partei Malaysias, die *Malays Chinese Association* (MCA), hat ein neues Betätigungsfeld für sich entdeckt: Die Heiratsvermittlung.

Am 12.8.2001 hat sie ein Fest ausgerichtet, an dem etwa 400 Chinesen teilnahmen. Es war die erste Zusammenkunft des durch die MCA ins Leben gerufenen »Cupid Club« (Amor Club oder Club der Liebe). Anlass zur Gründung dieses Clubs war eine Studie, die ergab, dass der chinesische Bevölkerungsteil langsamer als der muslimisch-malaysische Mehrheit wächst. Viele Chinesen ziehen ein Leben mit Karriere einem Leben mit Familie vor. Von den rund 23 Mio. Malaysiern sind etwa ein Viertel der ethnischen Minderheit der Chinesen angehörig. Während die Malayen seit Erreichung der Unabhängigkeit 1957 die Politik dominieren, lenken die Chinesen größtenteils die Wirtschaft. Aus Angst, dies könne sich durch eine fehlgeleitete Bevölkerungsentwicklung ändern, hat die MCA das neue Motto entwickelt: »Single zu sein bedeutet Freiheit, aber verheiratet zu sein ist beglückender.« Unter diesem Motto hat die Partei in diesem Jahr den »Cupid Club« gegründet, welcher ChinesenInnen die Möglichkeit bieten soll potentielle PartnerInnen kennenzulernen. Die Stimmung auf diesem ersten Treffen war noch etwas verhalten, doch schon im Herbst ist eine zweitägige Reise ins Zentrum Malaysias geplant und später sollen Schnorchel- und Kletterreisen gegenseitige Sympathien wecken.

vgl. AP, 13.8.2001

Telekom Malaysia und Motorola Inc.

Die nationale Telefongesellschaft Telekom Malaysia und der US-amerikanische Technologiegigant Motorola Inc. haben einen Handel über 551 Mio. Ringgit (145 Mio. US\$) abgeschlossen.

Dieser über drei Jahre laufende Vertrag wird der Telekom Malaysia helfen, ihre Netzdeckung und ihr Dienstleistungsangebot zu erweitern, sowie ihre Reichweite bis in die ländlichen Räume des ganzen Landes, besonders in die weniger entwickelten Gebiete Sabah und Sarawak auszuweiten. Md Khir Abdul Rahman, Geschäftsführer der Telekom Malaysia, meint, dass damit eine Anbindung bis in die letzte

Meile der suburbanen und ländlichen Räume, die ökonomisch wegen der hohen Kosten und technischer Sachverhalte nicht tragfähig wären, geschaffen wird.

Malaysia hat eine der höchsten Netzabdeckungen Südostasiens. 21 % der 23 Mio. Einwohner Malaysias sind über einen Festnetzanschluss und 32 % über Telefonzellen erreichbar. 9 % der Bevölkerung verfügen über einen Internetzugang.

Die staatlich gelenkte Telekom hat 65 % des lokalen Telekommunikationsmarktes inne, was einem Wert von 13 Mrd. Ringgit entspricht. Damit ist sie Malaysias größte Telefongesellschaft.

Die Verbindung der beiden großen Konzerne bietet drahtlose und mobile Kommunikation sowie Internetdienstleistungen und ermöglicht Datenübertragungen von 144 Kilobyts die Sekunde.

Der US-amerikanische Konzern Motorola Inc. hat ein Projekt in Penang, dem Herzen der malaysischen Elektronikindustrie, geplant, nach welchem er, bei einer Investition von 1,3 Milliarden-Dollar, zu dem größten Exporteur lokal hergestellter elektronischer Produkte werden würde.

vgl. rtr., 16.8.2001

Schule und Politik

über den Lehrern als unfair zu bezeichnen sei. Er sagte weiterhin, dass die Regierung nicht alle Lehrer rügen sollte, nur weil sich einige falsch verhalten haben. Auch die Nationale Vereinigung der Lehrenden hat gegen den Plan opponiert und vertritt die Meinung, dass die vorhandenen Gesetze hinreichend seien, um jedem Mangel an Disziplin seitens der Lehrenden Einhalt zu gebieten.

Die Regierung ist verärgert, darüber, dass sich eine große Anzahl malaysischer Studenten an den Protesten gegen die Festnahme des früheren Vizepremierministers Anwar Ibrahim (1998) beteiligt hat und vermutet die Ursache dafür bei den Lehrenden. Ein Hochschullehrer in Tereng-

ganu ist vor kurzem der Volksverhetzung beschuldigt worden, weil er eine Prüfungsfrage gestellt haben soll, die angeblich zur Formulierung von Gedanken gegen die Regierung und Gerichtsbarkeit aufgefordert haben soll. Die Aufgabe war, als Teilnehmer an einem Vortragswettbewerb eine Rede zu dem Thema »Die Gerechtigkeit im malaysischen Gerichtswesen ist angegriffen« zu verfassen. Terengganu und das benachbarte Kelantan werden von der oppositionellen PAS regiert, welche Premierminister Mahathir Mohamad schon oft der Verbreitung von Lügen und der Aufhetzung der Studenten gegen die Regierung beschuldigt hat.

vgl. malaysiakini, 17.8.2001

Arroyo

auf der Insel Mindanao, der Hauptinsel des von Muslims dominierten Südens in einem katholischen Staat, wachsen.

Dieses Abkommen bildet die Grundlage für weitere Verhandlungen mit dem Ziel der Schaffung eines abschließenden Friedensabkommens. Im September soll erneut verhandelt werden.

Als Folge der Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsabkommens durch die MILF kämpft jetzt nur noch die Abu Sayyaf als militant muslimische Gruppe auf den südlichen Philippinen. Als Mitglied der Organization of the Islamic Conference (OIC) werden Repräsentanten Malaysias, neben

denen aus Libyen, Indonesien und anderen OIC Mitgliedsstaaten, ein Koordinationskomitee bilden und die Einhaltung des Abkommens sowie der Waffenruhe überwachen.

Weiterhin wurden während Arroyos Besuch Abkommen zu Gesundheit, Tourismus und Investitionen geschlossen sowie über Möglichkeiten debattiert, wie man dem Terrorismus und der Piraterie in den gemeinsamen Gewässern begegnen soll. Auch bat Arroyo Malaysia um Hilfe bei der Stimulierung des Wirtschaftswachstums auf den Philippinen, besonders der Südphilippinen.

vgl. rtr., 6., 7.8.2001;